

Schulisches »Niemandland« oder die A7 als bildungspolitische »Wasserscheide«

Der Weg der schleswig-holsteinischen Schulen in die »konsequente Zweigliedrigkeit« mit nur noch zwei Schularten in der allgemeinbildenden Sekundarstufe I (SEKI), die auch zur Hochschulreife führen, droht auf halbem Wege stehenzubleiben. Grund dafür sind Disparitäten in der landesweiten Verteilung von Gemeinschaftsschulen (GemS) mit Oberstufen. Diese Oberstufen liegen hauptsächlich im südöstlichen und kaum im nordwestlichen Landesteil. Es hat fast den Anschein, dass die Autobahn 7 (A7) eine bildungspolitische »Wasserscheide« in Schleswig-Holstein darstellt.

Damit werden Bildungschancen nicht genutzt, die helfen könnten, die Abiturquote in Schleswig-Holstein auf den Durchschnitt aller Bundesländer zu heben. Im Rahmen eines bildungspolitischen Schlagabtausches im Landtag Mitte Oktober 2016 erinnerte Bildungsministerin Britta Ernst daran, dass die Abiturquote in Schleswig-Holstein mit knapp 39% immer noch deutlich unter dem Bundesschnitt von 46% liegt. Von daher widersprach sie den oppositionellen MiesmacherInnen von CDU

und FDP, die nicht müde werden, die »Kleinst-Oberstufen« (Heike Franzen) an den Gemeinschaftsschulen zu kritisieren und auf die Gefahr zukünftiger »Investitions-Ruinen« (Anita Klahn) hinzuweisen.

Es sind nicht die Schulen mit Oberstufen in den südöstlichen Landesteilen, die Schleswig-Holstein die schwache Quote bescheren, sondern die fehlenden Oberstufen im Landesnordwesten. Gründe für diese nicht wegzudiskutierende Disparität im Bildungsangebot sind nicht »unfähigere« oder »unbegabtere« SchülerInnen, sondern KommunalpolitikerInnen und VerbandsvertreterInnen, die selbst mit der vorhandenen Versorgung zufrieden sind, niemandem weh tun wollen, das Risiko scheuen und alles beim Alten lassen wollen. Unter diesen Umständen auf eine Lösung vor Ort zu setzen, grenzt daher an die »Quadratur des Kreises«.

Natürlich gibt es strukturelle Gründe für die unterschiedliche Versorgung der Landesteile mit Oberstufen – wie eine zu kleinteilige Schullandschaft im Nordwes-

ten. Sicherlich könnte das Land noch besser aufklären und werben oder zusätzliche investive Anreize schaffen. Denkbar wäre aber auch eine neue Schulart, die »Landesoberstufe Gemeinschaftsschule«, die überall dort, wo sich absolut nichts tut, aber SchülerInnen-Potenzial vorhanden ist, als eigenständige Oberstufe selbst ihre Klientel generiert. Ohne den politischen Willen zu einer gezielten Schulentwicklungsplanung auf Landesebene wird es wohl nicht gehen. Aber beginnen wir mit den konkreten Daten.

Disparitäten in der Schulentwicklung – oder wo steht der ländliche Raum?

Da in Schleswig-Holstein alle 100 Gymnasien über eigene Oberstufen verfügen, gibt es im Land ein dichtes Netz von Oberstufen, das von den Eltern bei freier Schuwahl angewählt werden kann. Zu beachten ist dabei, dass die kreisfreien Städte in dieser Hinsicht auch eine Versorgungsfunktion für das jeweilige Umland übernehmen und deshalb überproportional gut versorgt

Oberstufen an Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein

Kreis / kreisfreie Stadt	EinwohnerInnen	GemS ohne Oberstufe	GemS mit Oberstufe	EinwohnerInnen pro Oberstufe	Relation ohne / mit Ost.
Flensburg	84.000	3	2	42.000	1,5:1
Kiel	243.000	9	3	81.000	3:1
Lübeck	214.000	11	3	71.000	3,7:1
Neumünster	77.000	4	2	38.500	2:1
Schleswig-Flensburg	195.000	14	1	195.000	14:1
Nordfriesland	162.000	8	1	162.000	8:1
Rendsburg-Eckernförde	268.000	11	4	67.000	2,8:1
Dithmarschen	132.000	11	0	0	11:0
Steinburg	130.000	10	1	130.000	10:1
Pinneberg	304.000	13	5	61.000	2,6:1
Segeberg	264.000	14	4	66.000	3,5:1
Plön	126.000	5	2	63.000	2,5:1
Ostholstein	198.000	12	2	99.000	6:1
Stormarn	236.000	7	8	29.500	0,9:1
Lauenburg	211.000	6	4	52.700	1,5:1
Summe	2.844.000	140	42	67.700 Ø	3,3:1 Ø

sind. Außerdem muss berücksichtigt werden, dass auch an allen Beruflichen Schulen ein Abitur erworben werden kann. Im weiteren Verlauf unserer Analyse konzentrieren wir uns aber auf den allgemeinbildenden Bereich. Interessant ist ein Vergleich der Kreise und kreisfreien Städte hinsichtlich der Gemeinschaftsschulen mit und ohne eigene Oberstufen (siehe Tabelle auf vorangehender Seite).

Mit bisher 42 genehmigten Oberstufen an GemS gibt es an dieser Schulart wesentlich weniger Oberstufen als an den Gymnasien, was dazu führt, dass nur auf durchschnittlich 68.000 EinwohnerInnen im Land eine Oberstufe kommt. Legen wir den Landesschnitt zu Grunde, dann kommt in der Relation auf rechnerische 3,3 GemS ohne Oberstufe eine mit Oberstufe. Anders ausgedrückt: Im Durchschnitt generieren drei bis vier GemS eine Oberstufe.

Unter der Prämisse des Landesdurchschnitts bei der relativen Versorgung ergeben sich Bedarfe in den Kreisen Schleswig-Flensburg (14:1), Nordfriesland (8:1), Dithmarschen (11:0) und Steinburg (10:1). Rein rechnerisch müssten in Schleswig-Flensburg 3, Nordfriesland 2, Dithmarschen 3, und Steinburg 2 Oberstufen an GemS entstehen, damit der Landesdurchschnitt erreicht wird. Das wären 10 zusätzliche Oberstufen. Die zusätzlichen Oberstufen an Gemeinschaftsschulen würden auch langfristigen politischen Zielen der Koalitionsparteien entsprechen, die eine landesweit flächendeckende Versorgung mit Oberstufen an Gemeinschaftsschulen vorsehen. Dieses Ziel wurde allerdings bisher dem »freien Spiel« der Kräfte vor Ort überlassen und hat zu den bekannten Ungleichgewichten geführt.

Auf ein weiteres Problem muss zumindest hingewiesen werden. Es kann sein, dass in den nordwestlichen Kreisen so viele Gemeinschaftsschulen entstanden sind, dass diese selbst zu klein für eigene Oberstufenpläne geworden sind. Sowohl in Steinburg als auch in Dithmarschen und in Schleswig-Flensburg verhindern die geringen EinwohnerInnen-Zahlen der GemS-Standorte Bestrebungen nach eigenen Oberstufen. Aber auch Nordfriesland muss als deutlich unterversorgt gelten. Potenzial für Oberstufen an Gemeinschaftsschulen bieten demnach vor allem Steinburg, Dithmarschen, Nordfriesland und Schleswig-Flensburg.

Wo liegen Lösungen?

Die Kreise Steinburg, Dithmarschen, Nordfriesland und Schleswig-Flensburg haben auf die Chancen, die sich aus dem neuen Schulgesetz ergeben, bisher nicht reagiert. Natürlich spielen konservative politische Mehrheiten vor Ort eine entscheidende Rolle. Die Gemeinschaftsschule ist eben »kein Kind« der CDU oder der FDP und wurde und wird weiterhin auf Landesebene »bekämpft«. Teure »Kleinst-Oberstufen« binden nach deren Meinung unnötigerweise Finanzmittel, die für anderes sinnvoller einzusetzen sind. Zu den Veto-SpielerInnen, die die neue Schulart nicht akzeptieren, gehört natürlich auch der Philologen-Verband, dessen »Lieblingskind« lange die Hauptschule war, für deren Erhalt er vehement eintrat. Angesichts dieser WiderständlerInnen, die es zudem immer wieder »mit Halbwahrheiten« verstehen, auch Eltern für sich einzunehmen, hat es die Gemeinschaftsschulidee schwer, sich durchzusetzen und auszubreiten.



Was kann getan werden, damit in den unterversorgten Kreisen weitere Oberstufen entstehen? Die Politik vor Ort ist entweder aus »ideologischen« Gründen grundsätzlich gegen GemS – Beispiel: Bredstedt betätigt sich als Veto-Spieler, der der Nachbarschule »nicht das Schwarze unter den Fingernägeln« gönnt –, oder zeigt sich selbst mutlos und reicht die Entscheidung an die Schulen weiter, wie z.B. in Schleswig. Auf die Kreise, denen nach dem Schulgesetz die Aufgabe der Schulentwicklungsplanung zusteht, ist auch kein Verlass. Konservative Mehrheiten in den unterversorgten Kreisen verhindern hier mutige Schritte. Außerdem kann die Politik sich getrost zurücklehnen, denn von der örtlichen Ebene wird kein Handlungsbedarf signalisiert. Im Grunde genommen bleibt da nur die Landesebene übrig, die das Gesetzgebungsmonopol besitzt, aber ihr Steuerungspotenzial bisher nicht ausschöpft, sondern wie die Kreise auf die untere Ebene ver-

weist. Dennoch gibt es Möglichkeiten, um zu weiteren Oberstufen an den GemS zu gelangen.

Die schwächste und einfachste Lösung liegt in einer gezielten Aufklärungskampagne durch das Bildungsministerium. Sicherlich könnten die Verbände, die sich für weitere Oberstufen aussprechen, unterstützend tätig werden. Der Erfolg eines solchen Unterfangens muss allerdings bei realistischer Einschätzung als gering angesehen werden. Besser funktionieren zusätzliche Anreize finanzieller Art. Das Land könnte ein Investitionsprogramm »Oberstufen an GemS« auflagen, das den Kommunen hilft, bauliche Erweiterungen zu finanzieren. Feste verbindliche Zuschussquoten könnten helfen, Widerstände vor Ort zu brechen.

Eine weitere Lösung sollte zumindest diskutiert werden. Wenn die EinwohnerInnen-Potenziale vor Ort nicht ausreichen und sich benachbarte GemS und Gemeinden nicht einigen können und wollen, sollte über »Landesoberstufen an GemS« nachgedacht werden. Als eigenständige Schulen des Landes für die Jahrgänge 11 bis 13 mit eigenem Lehrkörper und eigener Leitung könnten sie die Lücke füllen. Ein solcher Vorschlag für maximal 10 eigenständige GemS-Oberstufen müsste durch eine Schulgesetzergänzung mit einer Schulentwicklungsplanung auf Landesebene ermöglicht werden. Natürlich würde es sofort Widerstand bei der Opposition und bei den Verbänden der anderen Schularten geben. Deren StimmungsmacherInnen und Veto-SpielerInnen stehen schon bereit. Doch das müsste ausgehalten werden! Wichtig wäre die Unterstützung aus der Elternschaft mit ihren Vertretungen und von den Verbänden, die »das längere gemeinsame Lernen« auf ihre Fahnen geschrieben haben. Eine konzertierte Aktion tut not, denn mehr Bildung und höhere Bildungsabschlüsse werden nicht zum Nulltarif zu haben sein. So gilt noch immer das inzwischen geflügelte Wort von Daniel Goeudevert: »Bildung ist nicht alles, aber ohne Bildung ist alles nichts!«

Der Autor Hans-Werner Johannsen war Schulleiter der Gemeinschaftsschule Handewitt und ist derzeit Vorsitzender des GEW-Regionalverbands Umgebung Flensburg.